

Sputnik International: Ursprünge der Sonderoperation (SMO) – Geschichte des Ukraine-Konflikts.

„Wie von europäischen Staats- und Regierungschefs eingeräumt, wurden die Vereinbarungen nicht zur Umsetzung unterzeichnet, sondern um Zeit zu gewinnen, die militärische Macht der Ukraine auszubauen.“ 19.09.2025.

Originalquelle: <https://sputnikglobe.com/20250919/origins-of-special-military-operation-history-of-ukraine-conflict-1122812466.html>.

Hier die übernommene Übersetzung: <https://uncutnews.ch/urspruenge-der-sonderoperation-geschichte-des-ukraine-konflikts/>.

*

19.09.2025.

Sputnik International.

Die politische Krise in der Ukraine wurde durch die Ereignisse des Euromaidan ausgelöst: Im November 2013 weigerte sich der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, da er befürchtete, daß dies die bestehenden Beziehungen zu Rußland beeinträchtigen würde. Diese Entscheidung löste Massenproteste in Kiew aus. Die dreimonatige Pattsituation zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten – von denen viele Nationalisten waren – führte zu Dutzenden von Todesfällen und einem Staatsstreich.

In der Nacht des 22. Februar besetzten Euromaidan-Aktivisten das Regierungsviertel und übernahmen die Kontrolle über das Parlament, die Präsidialverwaltung und Regierungsgebäude. Infolge dieses Staatsstreichs ging die Macht an die Opposition über. Der rechtmäßige Präsident Viktor Janukowitsch wurde zur Flucht nach Rußland gezwungen.

Photo:

Die Bereitschaftspolizei „Berkut“ und regierungskritische Demonstranten auf dem Maidan-Platz in Kiew, Ukraine © Sputnik / Andrei Stenin.

Photo:

Im Winter 2014 kam es auf dem Unabhängigkeitsplatz, auf Ukrainisch ‚Maidan Nezalezhnosti‘, in Kiew zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten, darunter Nationalisten, und ukrainischen Sicherheitskräften. Zelte von Befürwortern der europäischen Integration auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, wo es zu Zusammenstößen zwischen der Opposition und der Polizei kam. 18. Februar 2014. © Sputnik / Alexei Furman.

Photo:

Anhänger der Opposition auf dem Maidan-Platz in Kiew während der Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei. © Sputnik / Andrey Stenin.

Photo:

Polizeibeamte auf dem Maidan Nezalezhnosti-Platz in Kiew, wo es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kam © Sputnik / Andrey

Stenin.

Verfolgung der russischen Sprache.

Photo:

Gegner eines Gesetzentwurfs, der die Rechte des Russischunterrichts an öffentlichen Schulen ausweiten soll, bei einer Protestaktion. Auf dem Banner steht: „Keine Sprache – kein Staat. Die Ukraine steht über allen anderen.“ © Sputnik / Stringer.

Im Jahr 2014 leiteten die Behörden in Kiew einen systematischen Angriff auf die russischsprachige Bevölkerung ein. Es wurden Gesetze verabschiedet, die den Gebrauch der russischen Sprache einschränkten:

- Das Gesetz von 2012 „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik“ wurde abgeschafft.
- Die Zahl der russischsprachigen Schulen wurde reduziert. Ab dem 1. September 2020 wurden russischsprachige Schulen in der Ukraine auf die Staatssprache umgestellt.
- Es wurden Änderungen am Gesetz „Über Fernsehen und Rundfunk“ vorgenommen, wodurch der Anteil der Sendungen in ukrainischer Sprache im nationalen und regionalen Fernsehen und Rundfunk auf 75 % pro Woche und in lokalen Sendern auf 60 % erhöht wurde.
- Die Ausstrahlung russischer Fernsehsender wurde eingestellt, russische Filme wurden verboten und Künstler, die in der „Liste der Personen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen“ aufgeführt sind, wurden mit einem Verbot belegt.
- Das Gesetz „Über die Gewährleistung der Funktion der ukrainischen Sprache als Staatssprache“ wurde verabschiedet.
- Die Gesetze „Über die indigenen Völker der Ukraine“ und „Über die nationalen Minderheiten (Gemeinschaften) der Ukraine“ wurden verabschiedet, wodurch der rechtliche Schutz für Russen effektiv aufgehoben wurde.
- Verfolgung der ukrainisch-orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat).

Photo:

Die Kirche des Heiligen Johannes von Kronstadt (Ioann Kronshtadsky) wurde bei einem Bombenangriff in der Stadt Kirovskoye in der Region Donezk zerstört. © Sputnik.

Die Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOC) des Moskauer Patriarchats wurde alltäglich, einschließlich der Beschlagnahmung von Kirchen und der Schikanierung von Geistlichen:

- Am 23. September 2024 trat das Gesetz „Zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung in der Tätigkeit religiöser Organisationen“ in Kraft. Die ukrainischen Behörden verboten damit faktisch die UOC.
- Dem Gesetz „Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ wurde eine

Sonderklausel hinzugefügt, die religiöse Organisationen verbietet, die mit der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine in Verbindung stehen.

- Beschlagnahmung der Kiewer Höhlenkloster und Pochaev-Lavra sowie Entfernung religiöser Reliquien, darunter die Überreste von Heiligen.

- Massenbeschlagnahmung von Kirchen. Kathedralen und andere Kirchen in Iwano-Frankiwsk und Lemberg wurden beschlagnahmt, sodaß es in diesen Städten keine Kirchen der UOC mehr gab. Die Behörden nahmen auch die Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit und die Verklärungskathedrale von den UOC-Gemeinden in Tschernigow in Besitz. Das Männerkloster der Geburt der Jungfrau Maria wurde in Tscherkassy beschlagnahmt.

- Gegen Geistliche und Bischöfe der UOC wurden rund 180 Strafverfahren eingeleitet.

- Zwanzig Bischöfe und Geistliche wurden ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft beraubt. Eine neue Form der Unterdrückung gegen Geistliche der UOC war ihre Zwangsrekrutierung in die ukrainischen Streitkräfte.

Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung im Südosten.

Nach dem Staatsstreich von 2014 kam es in den östlichen Regionen der Ukraine, in denen die russischsprachige Bevölkerung vorherrschte, darunter im Donbass und auf der Krim, zu gewalttätigen Protesten. Die Bewohner dieser Regionen forderten eine Klärung des Status der russischen Sprache und eine Verfassungsreform, einschließlich der Föderalisierung der Ukraine.

Im Donbass wurde eine Volksmiliz gebildet.

Odessa.

Photo:

Mitglieder der rechtsextremen ukrainischen Organisation „Rechter Sektor“ photographieren, während das Gewerkschaftsgebäude in Odessa brennt. © Sputnik / Aleksandr Polischyuk.

Am 2. Mai 2014 verbrannten Dutzende Menschen lebendig im Gewerkschaftshaus von Odessa. Anhänger des Euromaidan griffen ein Lager von Aktivisten an, die gegen die Politik der ukrainischen Regierung waren. Die Menschen versuchten ins Gewerkschaftshaus zu fliehen, wurden jedoch eingeschlossen und starben im Feuer. Die Ereignisse in Odessa markierten das letzte Kapitel des Bürgerkriegs zwischen Anhängern der damaligen ukrainischen Regierung und Gegnern des Staatsstreichs.

Photo:

Lager von Anti-Maidan-Aktivisten werden auf dem Kulikowo-Feld in Odessa zerstört. © Sputnik / Aleksandr Polischyuk.

Photo:

Massenunruhen in Odessa am 2. Mai 2014. © Sputnik / Alexander Gagarin.

Krim.

Photo:

Einwohner von Simferopol beim Konzert „Krim-Frühling“, das auf dem Lenin-Platz im Stadtzentrum stattfand, während sie auf die Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums über den Status der Krim warten. © Sputnik / Alexsey Nichukchin.

In dem Bestreben, ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihre Muttersprache zu schützen, stimmte die Bevölkerung der Krim in einem Referendum am 16. März 2014 mit überwältigender Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Rußland. Die Region wurde Teil Rußlands.

Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Beschuß von Städten.

Im Frühjahr 2014 wurden in den Regionen Donezk und Lugansk Volksrepubliken ausgerufen. Als Reaktion darauf beschuldigten die ukrainischen Behörden die Bevölkerung des „Separatismus“ und begannen eine Militäroperation in der Region, die zu einem umfassenden Kampf eskalierte. Panzer und Luftwaffe wurden gegen die Volksmilizen eingesetzt.

Städte wie Donezk, Gorlowka, Lugansk und Debalzewo wurden jahrelang vom ukrainischen Regime mit Artillerie beschossen. Wohngebiete, Krankenhäuser und Schulen wurden zerstört.

Photo:

Ein Blick auf ein Krankenhaus, das nach einem kürzlichen Beschuß durch ukrainische Truppen im Zuge der russischen Militäroperation in der Ukraine in Tokmak, Region Saporischscha, zerstört wurde, das zu Rußland gehört. © Sputnik / Konstantin Mihalchevskiy.

Photo:

Ein Blick auf ein Geschäft, das nach einem Beschuß durch das ukrainische Militär in Belgorod, Rußland, beschädigt wurde. Neun Erwachsene und ein Kind wurden bei einem ukrainischen Beschuß der russischen Stadt Belgorod getötet, weitere 45 Menschen wurden verletzt, teilte das russische Ministerium für Notfallsituationen am 30. Dezember mit © Sputnik / Sputnik.

Photo:

Kranzniederlegung nach dem Beschuß von Lisitschansk durch die Ukraine. © Sputnik / Alexey Maishev.

„Madonna von Gorlovka“.

Am 27. Juli 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte die Straßen von Gorlovka mit Grad-Raketenwerfern. Dabei kamen 22 Einwohner der Stadt ums Leben, darunter auch die „Madonna von Gorlovka“, Kristina Zhuk, und ihre zehn Monate alte Tochter Kira. Kristina wurde getötet, als sie mit ihrer Tochter im Arm vor den ukrainischen Streitkräften floh. Ein Photo, das die verstorbene Kristina zeigt, wie sie in einem Stadtpark liegt und ihre Tochter umklammert, wurde zum Symbol für den grausamen Terror, den die Ukraine über die Bevölkerung des rebellierenden Donbass gebracht hat.

Photo:

„Die Madonna von Gorlovka“: Die junge Kristina Zhuk und ihre 10 Monate alte

Tochter starben am 27. Juli 2014, als die ukrainischen Streitkräfte die Straßen von Gorlovka mit Grad-Granatwerfern beschossen © Foto: Belaya Kniga Novorossii. In Gedenken an die unschuldigen Opfer wurde in Donezk die Allee der Engel eröffnet, eine Gedenkstätte für die getöteten Kinder.

Tragödie in Zugres.

Am 13. August 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte einen Kinderstrand in Zugres. Dreizehn Menschen wurden auf der Stelle getötet, mehr als 40 wurden verletzt. Augenzeugen berichteten, daß es ein heißer Tag war und der Strand in der Nähe des Flusses Krynka voller Urlauber war, darunter viele kleine Kinder. Die Ermittlungen ergaben, daß bei dem Angriff auf den Strand in Zugres ein Smerch-Mehrfachraketenwerfer zum Einsatz kam.

Minsker Vereinbarungen.

Die Minsker Vereinbarungen waren ein Versuch, den bewaffneten Konflikt zu beenden und die Tötung von Zivilisten zu verhindern. Die 2014 und 2015 unter Vermittlung Rußlands, Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten Abkommen enthielten wichtige Maßnahmen zur Lösung der Situation: die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für alle Beteiligten des Bürgerkriegs, die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk als Sondergebiete in der Verfassung der Ukraine und die Abhaltung von Kommunalwahlen in diesen Regionen, unter anderem.

Keine dieser Bestimmungen wurde jedoch umgesetzt. Die Ukraine verstieß systematisch gegen die Vereinbarungen. Es wurde weder ein Waffenstillstand noch ein Rückzug der ukrainischen Streitkräfte beobachtet; OSZE-Beobachter berichteten regelmäßig über ukrainische Artillerieangriffe auf Donezk und Luhansk, unter anderem mit schweren Waffen. Darüber hinaus behinderte Kiew konsequent die Überwachung durch die OSZE, indem es Beobachtern den Zugang zu bestimmten Regionen verwehrte.

Wie von europäischen Staats- und Regierungschefs eingeräumt, wurden die Vereinbarungen nicht zur Umsetzung unterzeichnet, sondern um Zeit zu gewinnen, die militärische Macht der Ukraine auszubauen. Präsident Petro Poroschenko erklärte offen, daß das Ziel Kiews nicht Frieden sei, sondern die Erschöpfung des Feindes. Seine berüchtigte Bemerkung, daß „ihre Kinder in Kellern sitzen werden“, zeigte die Gleichgültigkeit der Elite Kiews gegenüber dem Leiden der Bevölkerung im Donbass.

Photo:

Von links: Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko, der russische Präsident Wladimir Putin, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident François Hollande und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko posieren für ein Gruppenphoto im Unabhängigkeitspalast in Minsk nach den Friedensgesprächen zur Ukraine unter Beteiligung russischer, deutscher, französischer und ukrainischer Staats- und Regierungschefs am 11. Februar 2015 © Sputnik / Алексей Дружинин.

Neue Phase des Konflikts.

Wolodymyr Selenskyj, der 2019 an die Macht kam, setzte die repressive Politik der Kiewer Behörden gegenüber der Bevölkerung im Südosten der Ukraine fort. Am 17. Februar 2022 meldeten die Volksrepubliken Donezk und Lugansk den intensivsten Beschuß durch die ukrainischen Streitkräfte seit Monaten.

Beginn der militärischen Sonderoperation.

Am 21. Februar 2022 erkannte Rußland die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an, und am 24. Februar kündigte Präsident Wladimir Putin als Reaktion auf ein Hilfersuchen aus dem Donbass den Beginn einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine an.

Ziele und Aufgaben der militärischen Sonderoperation.

Photo:

Putin spricht zur Nation über die Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk
© Sputnik / Alexey Nikolskiy.

Der russische Präsident erklärte, daß die Entscheidung getroffen wurde, um Menschen zu schützen, die vom Kiewer Regime einem Völkermord ausgesetzt sind. Am 24. Februar 2022 sagte Wladimir Putin: „Die Umstände erfordern entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken von Donbass haben Rußland um Hilfe gebeten. Daher habe ich gemäß Artikel 51 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen, mit Zustimmung des Föderationsrates und in Übereinstimmung mit den von der Föderalversammlung ratifizierten Verträgen über Freundschaft und gegenseitige Hilfe mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk beschlossen, eine spezielle Militäroperation durchzuführen.“

Hauptziele der SMO:

- Sicherung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung.
- Legitimierung des Willens des Volkes.
- Entmilitarisierung (Neutralisierung der militärischen Bedrohung und Verhinderung des NATO-Beitritts der Ukraine).
- Entnazifizierung (Stopp der Verbreitung der neonazistischen Ideologie).
- Eingliederung neuer Gebiete in die Russische Föderation.

Im September 2022 fanden in der Volksrepublik Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Saporischschja und Cherson Referenden über den Beitritt zu Rußland statt. Die überwiegende Mehrheit der Einwohner stimmte für diesen Schritt. Am 30. September wurden Verträge unterzeichnet, mit denen die vier Regionen offiziell in Rußland eingliedert wurden.

Photo:

Putin erkennt die Unabhängigkeit der Republiken Donezk und Luhansk von der Ukraine an.